

PERIPHERIE 162/163

Finanzialisierung und Entwicklungspolitik

Elke Grawert (1959-2021)	171	
Zu diesem Heft	173	
Anil Shah	Kann die Subalterne zahlen? Die kolonialen Wurzeln der Finanzialisierung sozialer Reproduktion in Indien	179
Juvaria Jafri	Schattenbanken und der Ausbau eines inklusive Finanzwesens im globalen Süden.....	201
Paula Haufe	Warum das Mikrofinanzwesen trotz eminenter Kritik fortbestehen kann. Eine diskursanalytische Erklärung anhand der Analyse von Subjektpositionen von Entwicklungsfinanziers in Indien	227
Frauke Banse	Der „globale Pool privaten Geldes“ in Afrika Anleihemärkte in lokaler Währung und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit.....	251
Carsten Elsner, Franziska Müller, Manuel Neumann & Simone Claar	Finanzialisierung und „de-risking“ in Sambias Energiewende: Perspektiven für nachhaltige Entwicklung?	275
Frauke Banse & Anil Shah	Die Geopolitik von Finanzialisierung und Entwicklungspolitik Interview mit Ilias Alami.....	298
Daniela Gabor	<i>PERIPHERIE-Stichwort:</i> Wall-Street-Konsens.....	318
Jenny Simon	<i>PERIPHERIE-Stichwort:</i> Verbriefung	324
André du Pisani	Gerechtigkeit und Fairness in Verhandlungen: Völkermord und Reparationen (Zur Diskussion).....	328

Reinhart Kößler	Normalisierung – eine reaktionäre Chimäre Aktuelle entwicklungstheoretische Anmerkungen (Kommentar)	342
-----------------	---	-----

Rezensionen

Juan Telleria: <i>Deconstructing Human Development. From the Washington Consensus to the 2030 Agenda</i> (Meike Strehl)	347
Maristella Svampa: <i>Die Grenzen der Rohstoffausbeutung – Umweltkonflikte und Ökoterritoriale Wende in Lateinamerika</i> (Theo Mutter)	349
Ilan Kapoor: <i>Confronting Desire: Psychoanalysis and International Development</i> (Daniel Bendix)	352
Sammelrezension	
Carola Book, Nikolai Huke, Norma Tiedemann & Olaf Tietje (Hg.): <i>Autoritärer Populismus</i>	
Roger Griffin: <i>Faschismus. Eine Einführung in die vergleichende Faschismusforschung</i> (Reinhart Kößler)	355
Lerke Gravenhorst; Ingegerd Schäuble; Hanne Kirchner; Jürgen Müller-Hohagen & Karin Schreifeldt: <i>Fatale Männlichkeiten – Kollusive Weiblichkeiten. Zur Furorwelt des Münchner Hitler. Folgen über Generationen</i> (Reinhart Kößler)	358
Christoph Marx: <i>Trennung und Angst. Hendrik Verwoerd und die Gedankenwelt der Apartheid</i> (Reinhart Kößler)	361
Sebastian Lemme: <i>Visualität und Zugehörigkeit. Deutsche Selbst- und Fremdbilder in der Berichterstattung über Migration, Flucht und Integration</i> (Catharina E.C. Wessing)	364
Emmanuel Kwesi Anim: <i>Who Wants to be a Millionaire? An Analysis of Prosperity Teaching in the Charismatic Ministries (Churches) in Ghana and its Wider Impact</i> (Chigemezi Nnadozie Wogu)	366
Christopher Hope: <i>Developmentalism, Dependency, and the State. Industrial Development and Economic Change in Namibia since 1900</i> (Reinhart Kößler)	368
James Goodman, Linda Connor, Deveena Ghosh, Kanchi Kohli, Jonathan Paul Marshall, Manju Menon, Katja Müller, Tom Morton, Rebecca Pearce & Stuart Rosewarne: <i>Beyond the Coal Rush. A Turning Point for Global Energy and Climate Policy</i> (Jasper Finkeldey)	370
Eingegangene Bücher	372
Summaries	373
Zu den Autorinnen und Autoren	375

Anil Shah

Kann die Subalterne zahlen? Die kolonialen Wurzeln der Finanzialisierung sozialer Reproduktion in Indien

Keywords: financial inclusion, financialisation of social reproduction, moneylender, colonial history, subalterns

Schlagwörter: finanzielle Inklusion, Finanzialisierung sozialer Reproduktion, Geldverleiher, Kolonialgeschichte, Subalterne

Einleitung: Die *Unbanked* als Entwicklungssubjekt des 21. Jahrhunderts

Im vergangenen Jahrzehnt hat sich unter dem Begriff der finanziellen Inklusion eine neue, wirkmächtige Entwicklungsstrategie herausgebildet, die von einer breiten Koalition vorangetrieben wird.¹ Sie propagiert nicht weniger als die Universalisierung formaler Finanzdienstleistungen, so dass *alle* Erwachsenen auf diesem Planeten ein Bankkonto besitzen, Zahlungen elektronisch abwickeln sowie Kredite und Versicherungen von Banken und anderen Finanzinstitutionen erhalten können – und diese Dienste auch regelmäßig nutzen. Als Querschnittsthema zieht sich finanzielle Inklusion durch die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Befürworter*innen versprechen sich von dem ausgeweiteten Zugang zu Krediten und anderen Finanzdienstleistungen Fortschritte im Kampf gegen Armut, Hunger und Geschlechterdiskriminierung. Menschen ohne Bankkonto oder Zugang zu anderen Finanzinstituten, die sogenannten *Unbanked*, sind die Zielgruppe dieses neuen Entwicklungsprojekts. Laut Weltbank konnten in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte in Richtung universelle finanzielle

1 Neben internationalen Organisationen, Finanz- und Entwicklungsministerien aus OECD-Staaten, transnationalen Finanzinstitutionen und philanthropischen Denkfabriken gehören zunehmend auch Zentralbanken und Finanzministerien im globalen Süden zu entschiedenen Befürwortern der neuen Entwicklungsagenda (Soederberg 2013), etwa in der *Alliance for Financial Inclusion* oder der *Global Partnership for Financial Inclusion*.

Inklusion erzielt werden. Der Anteil *Unbanked* in so genannten Entwicklungsländern ist von 58 Prozent im Jahr 2011 auf 37 Prozent im Jahr 2017 gesunken (Demirgüç-Kunt u.a. 2018). Auf dem 10. Geburtstag der *Alliance for Financial Inclusion* (AFI) im September 2018, feierte die internationale Entwicklungsgemeinschaft, dass ihre politischen Maßnahmen dazu geführt hätten, dass im vergangenen Jahrzehnt 634 Mio. Erwachsene in das globale Finanzsystem integriert wurden.

Arturo Escobar hat vor über zwanzig Jahren aufgezeigt, wie Entwicklungspolitik Abnormalitäten wie „Unterentwicklung“ schafft, die anschließend durch ein entsprechendes Entwicklungsprojekt behandelt werden müssen (Escobar 1999). Dabei geht es vor allem darum Probleme *neu* zu definieren, und zwar auf eine Weise, in der die Behandlung durch die neue Agenda als einzig rationale, quasi selbstverständliche Intervention erscheint. Im Anschluss an diese Perspektive sind die *Unbanked* wohl zweifelsohne ein entscheidendes Entwicklungssubjekt des frühen 21. Jahrhunderts (Aitken 2017; Gabor & Brooks 2016). Durch zahlreiche Datenbanken, Berichte und Studien wird dieses neue Subjekt nicht nur vermessen und quantifiziert, sondern auch zum beherrschbaren Objekt der Entwicklungsbürokratie, die Fortschritte entsprechend messen und verkünden kann (Escobar 1999). Doch welches gesellschaftliche Problem wird neu definiert? Dieser Artikel basiert auf der Annahme, dass finanzielle Inklusion im Kern versucht, Antworten auf die Frage zu geben, wie subalterne Klassen ihr (Über-)Leben in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem sichern können, obwohl sie systematisch vom Zugang zu genügend (Re-)Produktionsmitteln ausgeschlossen werden. Schließlich verspricht das neue Paradigma Entwicklung und Teilhabe für arme Bevölkerungsgruppen am zunehmend finanzdominierten Wachstumsregime der Weltwirtschaft, indem diese als Neukund*innen in das globale Finanzsystem integriert werden und somit ihre Armut besser verwalten können. Die Notwendigkeit finanzieller Inklusion wird unter anderem damit begründet, dass arme Menschen ansonsten dem Wucher „informeller Geldverleiher“ ausgeliefert sind (s. z.B. GPFI 2020). Letztere erscheinen dabei als vormodernes Übel, das durch Interventionen moderner Entwicklungspolitik beseitigt werden soll.² Die Legitimation finanzieller Inklusion verläuft über diskursiv konstruierte Dichotomien wie *banked/unbanked*, Inklusion/Exklusion, formell/informell, die eine klare Einteilung in entwickelt und unterentwickelt bzw. modern und archaisch erlauben. Dabei erscheint

2 Laut der Global Findex Database der Weltbank leihen sich immerhin 44 % der Erwachsenen in Entwicklungsländern Geld. Doch der Großteil greift dabei auf private Arrangements zurück, etwa Freund*innen, Verwandte oder lokale Geldverleiher, während nur 15 % Kredite von Banken oder anderen Finanzinstituten aufnehmen (können) (Demirgüç-Kunt u.a. 2018).

Juvaria Jafri

Schattenbanken und der Ausbau eines inklusiven Finanzwesens im globalen Süden*

Keywords: inclusive finance, financialization, Pakistan, shadow banking, credit constraints

Schlagwörter: inklusives Finanzwesen, Finanzialisierung, Pakistan, Schattenbanken, Kreditbeschränkungen

Ein inklusives Finanzwesen bezieht sich auf jene Bankprodukte und Finanzdienstleistungen, die speziell auf die Bekämpfung von Armut ausgerichtet sind. In diesem Beitrag untersuche ich, wie inländische Kreditbeschränkungen und internationale Liquiditätsüberschüsse den Bedarf an einem inklusiven Finanzwesen erzeugen. Dafür zeige ich auf, dass inklusive Finanzmärkte auf Schattenbankennetzwerken und -praktiken basieren. Anhand des pakistanischen Bankensektors analysiere ich die Verbindungen zwischen inländischen Kreditbeschränkungen und überschüssiger Liquidität auf globalen Finanzmärkten, um zu erklären, warum der Bedarf an einem inklusiven Finanzwesen existiert und fortbesteht.

Die frühesten Vorläufer eines inklusiven Finanzwesens sind Mikrokredite, die zur Unterstützung von lokalen Unternehmer*innen in armen Ländern eingesetzt wurden (s. Yunus 2003). Später wurde eine breitere Palette von Produkten und Entwicklungspraktiken eingeführt, die unter dem allgemeineren Begriff „Mikrofinanzwesen“ diskutiert wird. Seit einigen Jahren wird der noch umfassendere Begriff der „finanziellen Inklusion“ bzw. des „inklusive Finanzwesens“ verwendet, um eine Reihe von Entwicklungsmaßnahmen zu beschreiben, die in Zeiten der Digitalisierung von Finanzdienstleistungen sowohl Mikrokredite als auch elektronische Zahlungen umfassen, aber nicht allein auf diese Dienste beschränkt sind.¹

* Die Autorin bedankt sich herzlich für die Unterstützung durch das *Global Partnership Network* (GPN) an der *Universität Kassel*, die das Verfassen dieses Artikels durch die *Wangari-Maathai*-Gastprofessur ermöglicht hat.

1 Obwohl der Begriff breiter angelegt ist, beziehe ich mich in diesem Artikel auf das Mikrofinanzwesen. Die Begriffe finanzielle Inklusion und inklusives Finanzwesen werden als Synonyme genutzt.

Es gibt eine umfangreiche Literatur darüber, warum finanzielle Inklusion eine wirksame Intervention zur Armutsbekämpfung in den Ländern des Globalen Südens ist (s. Banerjee & Duflo 2011; Collins u.a. 2009). Trotz dieser umfangreichen Literatur sowie der Kritik daran wurde bislang nur unzureichend untersucht, wie sich die Agenda eines inklusiven Finanzwesens aus strukturellen Merkmalen des globalen Finanzsystems ergibt.

Genauer gesagt gibt es grob zwei Perspektiven auf die neue Entwicklungsagenda: ein affirmatives und ein kritisches Lager. Das Lager der Befürworter*innen versucht, die Exklusivität des globalen Finanzwesens abzubauen, in dem Institutionen geschaffen und Anreize gesetzt werden, die den Zugang zu Finanzdienstleistungen für bisher ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen verbessern. Das Lager der Kritiker*innen argumentiert hingegen, dass finanzielle Inklusion bestehende Ungleichheiten und diskriminierende Strukturen des gegenwärtigen Finanzsystems verstärkt. Doch obwohl die kritische Literatur sowohl die extraktiven Merkmale der neuen Entwicklungsagenda als auch ihre strukturelle Rolle bei der Reproduktion von Ungleichheiten untersucht, bleiben Analysen zur Frage, wie die strukturellen Dynamiken des globalen Geld- und Finanzsystems ungleichen Zugang zu Krediten schaffen und dominante Akteure davon profitieren, weitgehend unterbelichtet. Der Großteil der Forschung über den Zugang zu Finanzdienstleistungen betont, wie die Nachfrage nach einem inklusiven Finanzwesen durch Armut angetrieben wird. Meine These hingegen ist, dass der Anstoß vielmehr von (internationalen) Finanzinstitutionen ausgeht, die im erweiterten Zugang zu Finanzdienstleistungen renditeträchtige Instrumente entdeckt haben. Diese strukturelle Perspektive erklärt auch, warum finanzielle Inklusion eine beliebte Entwicklungsmaßnahme ist, obwohl Skepsis darüber herrscht, wie sie Armut reduzieren kann.

Der vorliegende Artikel ist wie folgt aufgebaut. Abschnitt 1 gibt einen Überblick über die Entwicklungsagenda finanzieller Inklusion und stellt fest, dass sie in erster Linie als Strategie der Armutsbekämpfung kritisiert wird, nicht aber als strukturelles Merkmal des globalen Finanzsystems. Abschnitt 2 erläutert, wie der strukturelle Charakter des inklusiven Finanzwesens als Ausdruck von Schattenbanknetzwerken und -praktiken verstanden werden kann. Abschnitt 3 baut darauf auf und zieht Verbindungen zwischen inklusivem Finanzwesen und globalen Währungshierarchien; insbesondere untersucht er, wie diese Verbindungen aus inländischen Finanzierungslücken entstehen. Abschnitt 4 erklärt, wie finanzielle Inklusion in Pakistan von einem Modell der marktbasierter Finanzierung dominiert wird. Die Abschnitte 5 und 6 verknüpfen dieses marktbasierter Modell der finanziellen Inklusion mit strukturellen Kreditbeschränkungen im Globalen Süden und stützen sich

Paula Haufe

Warum das Mikrofinanzwesen trotz eminenter Kritik fortbestehen kann

Eine diskursanalytische Erklärung anhand der Analyse von
Subjektpositionen von Entwicklungsfinanziers in Indien*

Keywords: Indian microfinance, Andhra Pradesh microfinance crisis, financialisation, neoliberal development, discourse analysis

Schlagwörter: Mikrofinanzwesen in Indien, Andhra-Pradesh-Mikrofinanzkrise, Finanzialisierung, Neoliberale Entwicklung, Diskursanalyse

Von den einen gepriesen, von den anderen fundamental kritisiert. Das Mikrofinanzwesen bleibt ein umstrittenes Instrument nationaler und internationaler Entwicklungspolitik. Vor dem Hintergrund dieser Kontroverse untersuche ich die Subjektposition von Menschen, die in Entwicklungsbanken und -fonds in Indien arbeiten und dem Mikrofinanzwesen Geld leihen oder in dieses investieren (Entwicklungsfinanziers). Das Ziel ist, zu verstehen, was die Subjektpositionen von Bankiers und Investor*innen stabilisiert und die eigene professionelle Rolle gegen die Kritik abschirmt und die Fortführung und Vertiefung des Mikrofinanzwesens ermöglicht.

Der Artikel ist damit als Ergänzung zu Studien zu betrachten, die die andauernde Popularität des Mikrofinanzwesens mit dessen Dienlichkeit für eine neoliberale Agenda begründen (Bateman & Chang 2012: 14) oder es in vorherrschende Modi der Kapitalakkumulation einbetten (Federici 2014: 232; Mader 2013: 47ff). Der Fokus dieses Beitrags liegt auf dem Diskurs und der Perspektive von Menschen, die Geld in das Mikrofinanzwesen steuern, dieses also essenziell unterstützen. Wie gehen die Akteur*innen mit der Kritik um? Wie kritisch sind sie selbst der eigenen Praxis gegenüber? Wie wird eine neoliberale Entwicklungsagenda im Diskurs reflektiert? Was

* Für wertvolle Kommentare und die ausdauernde Unterstützung des Forschungsprozesses möchte ich mich insbesondere bei Franziska Müller, Aram Ziai, Madita Rabe sowie den anonymen Begutachter*innen bedanken. Für die finanzielle Unterstützung der Feldforschung bedanke ich mich beim *International Center for Development and Decent Work* (ICDD) der Universität Kassel.

motiviert die Entwicklungsfinanziers und wie positionieren sie sich in Bezug zu anderen Akteur*innen? Sophia Sabrow und Philip Mader (2014) zeigen in ihrer Analyse des Strategiewechsels in der Mikrofinanzbranche, wo nun weniger von Mikrokrediten und Mikrofinanzen gesprochen und stattdessen „finanzielle Inklusion“ als Ziel betont wird, dass diese Entwicklung mehr „Mythos und Zeremonie“ als tatsächliche Veränderungen widerspiegelt. Der vorliegende Beitrag ergänzt diese diskursive Strategie, die Legitimität des Mikrofinanzwesens zu erhöhen, um weitere Strategien, die auf der Ebene der Subjektposition von Entwicklungsfinanziers sichtbar werden.

Im Folgenden wird zunächst die Kritik am Mikrofinanzwesen umrissen, sowie beschrieben, wie dieses in den Kontext einer neoliberalen Entwicklungsagenda passt. Der zweite Abschnitt widmet sich der Erklärung des angewandten diskursanalytischen Theorierahmens und führt in die Konzepte der Subjektposition und des Diskurses ein. Außerdem werden die Auswahl der acht Interviewpartner*innen sowie die angewendeten Analysemethoden erklärt. Der dritte Abschnitt befasst sich mit der historischen und gegenwärtigen Ausprägung des Mikrofinanzwesens in Indien. Abschnitt vier und fünf beinhalten die Analyse der Subjektposition. Diese wird im Anschluss mit Bezug auf die Ausgangsfrage nach der Stabilisierung der Subjektposition zusammengefasst und reflektiert.

1. Das Mikrofinanzwesen zwischen Kritik und Wachstum

Genauso beständig und wachsend, wie das Mikrofinanzwesen (MIX Market 2019) ist auch die Kritik an selbigem. Während es in verschiedenen internationalen Foren gelobt und als integraler Bestandteil eines inklusiven Wachstums und ökonomischer Entwicklung verstanden wird (BMZ 2016: 8; G20 Germany 2017; Global Partnership for Financial Inclusion 2020), legen eine Vielzahl von Studien eine ganz andere Wirkung nahe: Dass sich die vergebenen Mikrokredite¹ kaum positiv und oft negativ auf das Einkommen und den Lebensstandard der Kreditnehmenden auswirken.² Die Verbesserung der Stellung von Frauen, die durch die Bevorzugung von Frauen bei der Vergabe von Krediten erreicht werden soll, wird infrage gestellt. Unter anderem wird kritisiert, dass der Druck, ein erfolgreiches Unternehmen zu gründen, für eine Familie zu sorgen und den Ansprüchen der Mikrofinanzinstitutionen (MFIs) gerecht zu werden, aufgrund der Belastung ins Gegenteil umschlagen kann.

1 Mikrokredite werden hier als ein Instrument des Mikrofinanzwesens begriffen. Letzteres wird als Subsystem des Finanzsektors gefasst und ist ein Mittel der finanziellen Inklusion (BMZ 2016: 7).
 2 Taylor 2012: 604; Ghosh 2011: 850; Kar 2018: 7; Bateman 2007: 38; Kleinman 2014: 2; Duvendack u.a. 2011.

Frauke Banse

Der „globale Pool privaten Geldes“ in Afrika Anleihemärkte in lokaler Währung und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Keywords: Local Currency Bond Markets, financialisation, German development cooperation, Africa, surplus capital, market access

Schlagwörter: Anleihemärkte in Lokalwährungen, Finanzialisierung, deutsche Entwicklungszusammenarbeit, Afrika, Überschusskapital, Marktzugang

Geld zu leihen ist in afrikanischen Ländern für private Haushalte oder heimische kleine und mittelständische Unternehmen ausgesprochen kostspielig. Gebühren und Zinsen sind hoch, die Laufzeiten von Krediten kurz. Bereits in der Kolonialzeit war das Finanzsystem nicht darauf ausgerichtet, die heimische Wertschöpfung zu fördern, sondern dem Export zu dienen. Auch heute noch haben ausländische Großbanken die Oberhand und konzentrieren sich auf die für sie lukrativen Sektoren (für Ghana und Senegal s. Koddenbrock u.a. 2020). Die Versuche, nach der Unabhängigkeit afrikanischer Staaten produktive Sektoren gezielt zu fördern, sind mit den Strukturanpassungsmaßnahmen beendet worden.¹ Der Zugang zu Kredit ist der Kern eines jeden Finanzsystems und seine Konditionen bestimmen über die Verfügbarkeit neuen Saatgutes einer Bäuerin oder über den Aufbau der heimischen Reisschälfabrik. Je nach Ausgestaltung bestimmt er aber auch über die Qualität öffentlicher Schulen oder der Gesundheitsversorgung.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit widmet sich bereits seit vielen Jahren der Reform peripherer Finanzsysteme und den Zugängen zu Finanzierungsmöglichkeiten (Matthäus-Maier & von Pischke 2004; Volberding 2021). In der öffentlichen Diskussion und wohl auch in der konkreten Praxis hat es jedoch mit den *Sustainable Development Goals* (SDG) 2015 deutlich an Relevanz gewonnen. Sechs der 17 SDG beziehen sich direkt auf Finanzdienstleistungen (GIZ o.J.). Auf deutscher Ebene hat das Thema insbesondere durch den Marshallplan mit Afrika bzw. dem *Compact with Africa* (CwA) (jeweils 2017) eine breitere Öffentlichkeit erreicht. Dabei

1 s. Koddenbrock u.a. 2020; zu Problemen in der Umsetzung s. z.B. Mkandawire 1999.

setzt die Bundesregierung stark auf „innovative Finanzinstrumente“ (BMZ 2017a: 60; s. auch BMZ 2017b: 15ff) unter Rückgriff auf private Investoren. Der Aufbau heimischer Finanzmärkte spielt in der Konzeption der Finanzsystemreformen eine herausragende Rolle. So schreibt die *Kreditanstalt für Wiederaufbau* (KfW) auf ihrer Website:

„Entwicklungsländer nachhaltig zu fördern und wirtschaftlich zu stärken erfordert nicht zuletzt den Aufbau lokaler Finanzierungsstrukturen. Dabei rückt zunehmend die Entwicklung lokaler Kapitalmärkte in den Blickpunkt, die neben einem soliden Bankensystem einen entscheidenden Beitrag zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung (SDG 8) leisten. Aktien oder Anleihen bieten Finanzinstitutionen und Unternehmen die Möglichkeit einer langfristigen Finanzierung von Investitionen und Kommunen können in Anbetracht knapper öffentlicher Budgets über Anleihen für das Investitionsklima entscheidende Infrastrukturinvestitionen finanzieren.“ (KfW o.J.)

Ein zentrales Problem für den Aufbau lokaler Finanzmärkte sei jedoch, so die KfW weiter, dass internationale Investoren meist nur in Fremdwährungen investieren würden (ebd.).

Schuldtitle in Lokalwährungen (*Local Currency Bonds* – LCB) hingegen, so die breite Front der Befürworter*innen von LCB – von kritischen NGOs bis hin zur KfW oder der G20 – reduzieren im ersten Schritt das Wechselkursrisiko erheblich. Schulden müssten nicht mehr in harter Währung zurückgezahlt werden. Zudem würden heimische Investoren in die Finanzierung von Staaten und Unternehmen einbezogen, damit würde mehr Stabilität geschaffen.² Isoliert betrachtet erscheint das generelle Plädoyer für Schulden in Lokalwährung auf den ersten Blick überzeugend. Die Abhängigkeit von Fremdwährungen wäre reduziert, die Schwankungen der lokalen Währungen weniger bedrohlich für den eigenen Schuldendienst und die Abhängigkeit von externen Finanzierungsquellen deutlich reduziert. Entsprechend, so ließe sich schlussfolgern, wären die Länder auch weniger auf Devisen angewiesen, eine weniger nach außen ausgerichtete Ökonomie wäre möglich, politische Spielräume größer.

In einen breiteren Kontext gesetzt ergibt sich jedoch ein gegenteiliges Bild. Anstelle einer eventuell zunehmenden ökonomischen Unabhängigkeit zeigen sich neue Abhängigkeitsmuster sowie eine weiter verstärkte soziale Ungleichheit. Dies liegt nicht zuletzt an den Märkten, die für die Funktionalität dieser Anleihen vorausgesetzt werden, sowie an den Interessen, die ihre Etablierung vorantreiben.

2 s. beispielhaft Berensmann u.a. 2015; Songwe 2018; Colla 2017; G8 2007; NGO-Seite s. auch C2017: 1; zum weiterhin bestehenden Währungsproblem auch bei LCB s.u.

Carsten Elsner, Franziska Müller,
Manuel Neumann & Simone Claar

Finanzialisierung und „de-risking“ in Sambias Energiewende: Perspektiven für nachhaltige Entwicklung?

Keywords: SDG, Zambia, energy transition, subordinate financialisation, de-risking, postcolonial statehood

Schlagwörter: SDG, Sambia, Energiewende, *subordinate financialisation*, *de-risking*, postkoloniale Staatlichkeit

1. Eine neue Logik in der Entwicklungsfinanzierung

„Nachhaltige Investitionen“, „Grüne Fonds“, „Grüne Anleihen“ und „*de-risking*-Strategien“: Mit den ambitionierten Zielen der *Sustainable Development Goals* (SDG) gehen fundamentale Veränderungen der Strukturen in der Entwicklungsfinanzierung einher, die sich mit dem Begriff der Finanzialisierung gut beschreiben lassen. Die Finanzierung erneuerbarer Energieprojekte gibt Aufschluss über diese Prozesse und zeigt, welche neuen Abhängigkeiten und veränderten Machtstrukturen mit der wachsenden Bedeutung privater Finanzierung und öffentlich-privater Partnerschaften in der Entwicklungsfinanzierung und speziell am Energie-/Entwicklungs-Nexus einhergehen. Besonders die SDG 7 „Bezahlbare und Saubere Energie“ und 17 „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“ setzen neue Maßstäbe bei der Finanzierung von Energieprojekten in Entwicklungsländern. Stärker noch als die Millennium Development Goals zielen sie darauf ab, die Finanzierungsmodalitäten zugunsten privater Finanziers und auf Kosten multilateraler und nationalstaatlicher Geber zu verschieben, mit der Begründung, dass nur so die anvisierten nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen seien. In der kritischen Finanzliteratur wird dieser Prozess bereits als *Wall Street Consensus* (WSC) charakterisiert (Gabor 2020; s. auch Daniela Gabors Stichwort in diesem Heft, S. 318ff). Dieser beschreibt die neuen Qualitäten

der Finanzarchitektur als Ergänzung und in Abgrenzung zu den Praktiken des *Washington-* und *Post-Washington-Consensus* (s. dazu auch Rodrik 2006).

Eines der ambitioniertesten unter den 17 SDG ist dabei das oben erwähnte SDG 7 zur Energieversorgung, dessen Realisierung laut den Befürworter*innen größerer privatwirtschaftlicher Investitionen allein durch öffentliche Finanzierung, zum Beispiel durch die Vereinten Nationen, die *Weltbank* oder die *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OECD), nicht zu bewerkstelligen sei. Alternative Entwicklungsstaats-Strategien, wie Industrialisierung, der Aufbau eines effektiven Steuersystems, intensivierete regionalpolitische Kooperation oder die Bekämpfung von Kapitalabflüssen geraten dabei jedoch in den Hintergrund (Rowden 2019: 30ff). Um einen Energiezugang für alle bis 2030 umsetzen zu können, gilt es, so das Credo, neue „grüne“ Finanzquellen zu aktivieren, beispielsweise in Form grüner Fonds oder durch die Einwerbung ausländischer Direktinvestitionen (*Foreign Direct Investment* – FDI). Einen strategischen Rahmen dafür setzt die *Maximizing-Finance-for-Development-Agenda* (MFD) der Weltbank (World Bank Group 2020). Nach dem Motto *billions to trillions* (zu Deutsch: *Milliarden zu Billionen*) soll der Einsatz von öffentlichen Milliarden seitens multilateraler Geber private Märkte mobilisieren und mit den daraus entstehenden Billionenbeträgen in Form privater Investitionen die Finanzierung der SDG ermöglichen (Rowden 2019: 4). Gemäß dieser Agenda sind die bis 2030 benötigten 7 Bio. US\$ für die Ziele der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung nur mit Hilfe von privater Finanzierung aufzubringen. Damit gehen auch gravierende Veränderungen im Akteursfeld der Entwicklungsfinanzierung einher, die unter dem Stichwort der „Mischfinanzierung“ (*blended finance*) den Anteil privater Akteure zu vergrößern suchen. Auch wenn multilaterale Geber weiterhin für den Löwenanteil so genannter grüner Investitionen verantwortlich sind, wächst der Anteil privater Geber, die entlang grüner Fonds, Green Bonds oder Mikrofinanzprodukten Investitionen in erneuerbare Energien, Klimaanpassung oder -entschärfung vornehmen.¹ Allerdings erscheinen die Zielobjekte des privaten Kapitals – Finanzmärkte im globalen Süden – als zu risikobehaftet, um für ausländische Investitionen attraktiv zu sein. Krisengeschüttelte Märkte, „fragile Staatlichkeit“, Währungskursschwankungen oder die Dominanz nachkolonialer Monopolisten gelten als Risiken, die eine Kapitalanlage erheblich verteuern, und daher durch flankierende Maßnahmen abgesichert werden sollen.² Die Lösung für dieses Dilemma

1 Bracking 2012; Schmidt & Matthews 2018; Banga 2019; Claar 2020.

2 Zur Kritik dieser Krisenanalyse s. das Interview mit Ilias Alami in diesem Heft (S. 298ff) sowie Haag & Müller 2019; Olabisi & Stein 2015.

Die Geopolitik von Finanzialisierung und Entwicklungspolitik Interview mit Ilias Alami

Mit dem Politikwissenschaftler und Geographen Ilias Alami von der Universität Maastricht sprachen *Frauke Banse* und *Anil Shah* über seine aktuelle Forschung zum Verhältnis von Geopolitik, entwicklungspolitischen Finanzströmen und aufkommenden Formen von „Staatskapitalismus“ sowie über die damit zusammenhängenden neuen imperialistischen Formierungen. Das Interview wurde im Mai 2021 per E-Mail geführt. Daher enthält der Text auch Quellenverweise.

Du gehörst zu denjenigen, die behaupten, dass sich das Verhältnis von Finanzmärkten und Entwicklungspolitik in den letzten Jahren grundlegend verändert hat. Was sind aus deiner Sicht die wichtigsten Merkmale dieses Wandels?

Ein grundlegender Wandel, den wir beobachten, ist der Aufstieg dessen, was Daniela Gabor treffend als „Wall-Street-Konsens“ bezeichnet hat (s. das Stichwort von Daniela Gabor in diesem Heft, S. 318ff; Anm. d. Red.). Dieses aufkommende Paradigma fördert die Mobilisierung von privatem Finanzkapital als (entwicklungs-)politische Priorität, insbesondere für die Finanzierung der nachhaltigen Entwicklungsziele und für die Errichtung großer Infrastrukturen in Entwicklungsländern. Die Staaten des Südens werden ermutigt, ihre heimischen Finanzsysteme zu vertiefen und diese im Sinne internationaler Finanzmärkte (z.B. Derivatemarkten) zu reorganisieren, indem sie neue Investitionsmöglichkeiten in Bereichen wie Verkehrs- und Energieinfrastruktur, Wasser, Klimaanpassung, Gesundheit und Bildung ermöglichen. Zudem werden politische Maßnahmen ergriffen, die die Investitionsrisiken für globale Investoren verringern, unter anderem durch die Nutzung von öffentlichen Finanzmitteln. Die Hoffnung ist, dass durch die Bereitstellung attraktiver Investitionsmöglichkeiten für globale institutionelle Investoren die riesigen Mengen an Liquidität, die sie kontrollieren, in den globalen Süden „eskortiert“ werden. Dadurch soll der Finanzierungsbedarf der Entwicklungsländer gedeckt und gleichzeitig sollen ansehnliche

finanzielle Renditen für Investoren in einer Art Win-win-Szenario erzielt werden. In dieser schönen neuen Welt „jenseits von Entwicklungshilfe“ (Mawdsley 2018) fördert der Wall-Street-Konsens die staatlich unterstützte private Finanzierung im Namen der Entwicklung.

Meiner Ansicht nach bedarf es einer politischen Lesart des Wall-Street-Konsenses, die ihn in der langen und turbulenten Geschichte der Beziehung zwischen Finanzwesen und Entwicklung verortet. Aus dieser Perspektive weisen aktuelle Trends eine bemerkenswerte Kontinuität auf. Gabor verortet den Wall-Street-Konsens als Erbe des (Post-)Washington-Konsenses. In ihrer Arbeit darüber, wie sich der Wall-Street-Konsens in den Diskursen und Politikvorgaben der Weltbank im Bereich der klimaresilienten städtischen Infrastruktur manifestiert, argumentieren Patrick Bigger und Sophie Webber beispielsweise, dass er auf eine Art „grüne Strukturanpassung“ hinausläuft, die mit den Strukturanpassungsprogrammen seit den 1980er Jahren vergleichbar sind (Bigger & Webber 2021: 47).

Mit anderen Worten: Ja, der Aufstieg des Wall-Street-Konsenses ist in der Tat eine grundlegende Veränderung, aber es ist eine, die innerhalb breiterer historischer Entwicklungen verstanden werden muss. Spätestens seit im Zuge der westlichen Moderne die Welt in „entwickelte“ und „unterentwickelte“ Staaten unterteilt wurde, geht es beim Thema Finanzen und Entwicklung darum, Staaten in der Dritten Welt umzustrukturieren und neu zu ordnen, um die Herrschaft des Marktes zu verallgemeinern und die sozialen Beziehungen und Institutionen, die für kapitalistische Reproduktion zentral sind, global durchzusetzen. Die Methoden, Diskurse, Technologien und Praktiken, die eingesetzt wurden, um dieses übergeordnete, langfristige Ziel zu erreichen, bergen seit jeher eine starke (neo-)koloniale Konnotation. Der Wall-Street-Konsens könnte also durchaus die nächste Form dieses gescheiterten, krisengebeutelten und oft gewalttätigen Projekts sein. Während das private Finanzkapital und die Figur des globalen Investors als Helden der Entwicklung gefeiert werden, riskiert der Wall-Street-Konsens das zu vertiefen, was Annina Kaltenbrunner, Ingrid Kvangraven, Kai Koddenbrock, Jeff Powell, Carolina Alves, Bruno Bonizzi und ich (i.E.) als „internationale finanzielle Unterordnung“ (*international financial subordination*) der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft bezeichnet haben. Dieser Trend geht mit vielen Krisen und dramatischen Folgen für Mensch und Umwelt einher.

Der Wall-Street-Konsens ist jedoch nicht nur in diese tiefgreifenden historischen und strukturellen Prozesse eingebettet, er ist auch das Produkt der gegenwärtigen kapitalistischen Transformation. Ich habe bereits erwähnt, dass er explizit als Mittel zur Einbindung globaler institutioneller

André du Pisani

Gerechtigkeit und Fairness in Verhandlungen: Völkermord und Reparationen

(Zur Diskussion)

Vorbemerkung

*Im Juni 2021 wurde bekannt, dass die Verhandlungen der namibischen und der deutschen Regierung über die Konsequenzen, die nahezu 120 Jahre nach dem 1904-1908 verübten Völkermord im damaligen Deutsch-Südwestafrika (dem heutigen Namibia) aus diesem staatlichen Massenverbrechen zu ziehen seien, zu einem formellen Abschluss gekommen seien. Das Ergebnis hat vor allem in Namibia heftige Kontroversen ausgelöst. Wie viele informierte Beobachter*innen seit Beginn dieser Verhandlungen im Spätjahr 2015 gewarnt haben, steht die Legitimität dieses Abkommens angesichts des faktischen Ausschlusses des Großteils der Opfergruppen – Ovaherero und Nama – sehr ernsthaft in Frage. Inzwischen hat sich diese Debatte mit den katastrophenhaften Auswirkungen der vierten Welle der COVID-19-Pandemie in Namibia mit ihren zahlreichen Todesopfern überschritten. Auch zentrale Akteure des Verhandlungsprozesses sind der Seuche erlegen. Aber auch nach deren Abebben dauert die scharfe Auseinandersetzung an.*

André du Pisani untersucht anhand zentraler Postulate der politischen Ethik den Verhandlungsprozess aus namibischer Perspektive. Dabei kommt auch die Verantwortung der Bundesregierung zur Sprache. Jedoch sollte vorab ergänzt werden, dass sich diese Verantwortung nicht zuletzt auch auf die Verzögerungstaktik erstreckt, mit der aufeinander folgende Regierungen unterschiedlicher Couleur es seit der Unabhängigkeit Namibias 1990 vermieden hatten, das koloniale Massenverbrechen des Völkermordes aufzugreifen. So wurden die Regierungsverhandlungen nach einem Vierteljahrhundert eines faktischen Benennungsverbots überhaupt erst möglich, als das Auswärtige Amt im Juli 2015 bekannt gab, von der Tabuisierung des Terminus „Völkermord“ endlich abzurücken. Dass die taktischen Winkelzüge damit nicht vorbei waren, ist vielfach dokumentiert und kritisiert

worden. Der folgende Text ordnet diesen Prozess aber nicht nur in einen sonst wenig thematisierten konzeptionellen Rahmen ein, sondern gibt zugleich einen umfassenden Überblick über die namibische Debatte bis Anfang August 2021.

Reinhart Kößler

Im Gedenken an Ombara Otjitambi Vekuii Reinhold Rukoro, Gaob Edward Afrikaner und Dr. Zedekia Josef Ngavirue, die jeder auf seine ganz eigene Weise für Gerechtigkeit gekämpft haben.

Einleitung

Für das im Folgenden vertretene Verständnis der Konstrukte „Gerechtigkeit“ und „Fairness“ ist entscheidend, dass sie zwar miteinander verwandt, aber begrifflich unterschiedlich sind. Jedoch sollten sie in tatsächlichen Verhandlungen im Idealfall füreinander konstitutiv werden und sich gegenseitig verstärken. Gerade auf die Wechselbeziehung zwischen diesen beiden Begriffen und Praktiken kommt es für Verhandlungsprozesse und ihre Ergebnisse am meisten an.

Zu den berühmtesten und einflussreichsten Darstellungen der Beziehung zwischen „Gerechtigkeit“ und „Fairness“ gehört das grundlegende, zuerst 1971 veröffentlichte und dann 1999 überarbeitete Buch des US-amerikanischen Philosophen John Rawls.

Rawls' berühmte, wenn auch umstrittene These besagt, dass es rationalen Parteien hypothetisch möglich sei, sich im Rahmen „primordialer Gleichheit“ (er nennt es „Urzustand“) auf „ein System von Grundsätzen“ (Rawls 1979 [1971]: 35) zu einigen, wobei die rechtmäßigen Interessen (*vested interests*) der Menschen diesen selbst nicht bekannt sind. Das hat zur Voraussetzung, dass es im Grunde nur eine Art unparteiischer Argumentation gibt, die Befriedigung der Anforderungen von Fairness, bar aller Interessen. Doch ist Rawls' Position offenkundig problematisch.

Rawls irrt hier aus mindestens zwei prinzipiellen Gründen. Erstens kann es zwischen konkurrierenden Prinzipien der Gerechtigkeit ernsthafte Unterschiede geben, und das ist auch gewöhnlich der Fall; und zweitens können Spannungen zwischen dem genauen Gewichtsverhältnis bestehen zwischen Verteilungsgleichheit auf der einen und der aggregierten Verbesserung oder dem Machtgewinn auf der anderen Seite.

Reinhart Kößler

Normalisierung – eine reaktionäre Chimäre Aktuelle entwicklungstheoretische Anmerkungen (Kommentar)

Nach etwa anderthalb Jahren Pandemie, die in Deutschland drei Lock-downs sehr unterschiedlichen Formats provoziert haben, sind die Medien voll von Rufen nach „Normalität“ oder auch davon, dass „wir unser altes Leben zurückhaben wollen“. Wer da noch nicht hellhörig und an die Parole „we want our country back“ erinnert worden ist, mit dem die *Brexiters* so effektiv Stimmung gemacht haben, sollte spätestens da innehalten, wo die AfD auf den Karren aufspringt und ihren Bundestagswahlkampf unter die Parole stellt „Deutschland. Aber normal.“

Was das bedeutet, lässt sich nicht zuletzt unter Bezug auf Foucaults Analyse der Norm und Normierung deutlich bestimmen. Alles, was von der etablierten Norm abweicht, wird tendenziell der Diskriminierung ausgesetzt. Bedenkt man, dass dies nicht nur Erscheinungsbilder von Menschen betrifft, sondern etwa auch DIN-Normen oder die Methodologie für Crash-Tests von Autos, wird deutlich, wie tief dieses nun von reaktionärer Seite aufgerufene Konzept in unser Leben immer schon eingreift: auch Behinderte, Linkshänder, LGBTI*Q und nicht zuletzt Frauen sind betroffen. Die „Rückkehr“ zu einer angeblichen Normalität, einem genormten Leben, das uns in Wirklichkeit alle ständig umgibt, ist zutiefst reaktionär (s. Liebelt 2021).

Noch schlimmer aber wird es, wenn „Normalisierung“ gefordert wird – auch dies die Rückkehr zu einem Zustand, von dem diejenigen, die solche Forderungen erheben, meinen oder behaupten, er sei „normal“. In aller Regel bedeutet dies nicht viel mehr als, dass „normal“ den Normvorstellungen derer entsprechen soll, die derartige Forderungen lautstark erheben. Gewiss ist nicht zu übersehen, dass sich dies mit berechtigten und sogar lebenswichtigen Forderungen überschneidet, wenn es um die unter Pandemie-Bedingungen oft unerträglich eingeschränkten Kontaktmöglichkeiten oder um die Wiederöffnung von Kindergärten, Schulen und Altenheimen geht. Aber auch hier kann es nicht darum gehen, einfach da weiter zu machen, wo es vor der Krise (angeblich) aufgehört hat. Zudem hat die Rückschau auf Zustände vor einer